



Stand: 08.01.2018

Politischer Jahresauftakt der SPD Baden-Württemberg 08.01.2018 in Stuttgart

1 Arbeit und Fortschritt in einer neuen Zeit gestalten!

2 Wir sind stolz auf die Errungenschaften für unsere Arbeitsgesellschaft, die Sozialdemokratinnen
3 und Sozialdemokraten gemeinsam mit den Gewerkschaften über die vergangenen 154 Jahre
4 erkämpft haben: die Normierung der Arbeitszeit, der Kündigungsschutz, die Etablierung von
5 Betriebsrätinnen und Betriebsräten sowie die betriebliche Mitbestimmung. An diesen bewährten,
6 sozialstaatlichen Fundamenten wollen wir auch für die moderne Arbeitswelt festhalten.

7 Die Arbeitsgesellschaft von heute befindet sich in einem spürbaren Wandel. Die Struktur der
8 Arbeit verändert sich, sie wird zeit- und ortsunabhängiger, sie stellt stetig verändernde
9 Qualifizierungsanforderungen an die Beschäftigten. Es ergeben sich aber auch neue
10 Möglichkeiten für eine größere Zeitsouveränität im Leben von Familien. Gleichzeitig gibt es immer
11 neuere Produktions-, Kommunikations- und Wertschöpfungsprozesse, die traditionelle Berufe
12 verändern oder gar verschwinden lassen und neue Berufsbilder hervorbringen.

13 Eine neue industrielle Revolution, die Digitalisierung und der technische Fortschritt sind dafür die
14 wesentlichen Triebfedern. Damit einhergeht, gerade bei uns im industriell geprägten Baden-
15 Württemberg, eine neue historische Mission für die Sozialdemokratie als Partei der Arbeit und des
16 Fortschritts. Wir müssen die grundlegenden Umbrüche der digitalen Arbeitswelt verstehen, die
17 aufkommende Transformation aktiv im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
18 gestalten und dabei sozial verantwortliches Unternehmertum stärken. Und zwar so, wie es in der
19 deutschen und europäischen Industriegeschichte immer die Haltung der Sozialdemokratie war:
20 angstfrei, selbstbewusst und ohne Technikfeindlichkeit. Aber auch mit klugen Ideen für
21 Qualifizierung, Tarif- und Sozialpolitik. Für uns steht der technische Fortschritt im Dienste der
22 Gesellschaft. Er soll nicht wenigen, sondern allen Menschen nutzen!

23 Realitätssinn und Handeln statt Panik und Verklärung für die Arbeitswelt 4.0

24 Die Debatte um die sogenannte Arbeitswelt 4.0 geht mit zwei Polen einher. Sie ist hin- und
25 hergerissen zwischen einer Angstvorstellung vom Ende der Arbeit und einer allzu optimistischen
26 Sicht auf die Segnungen eines neuen Arbeitszeitalters, welches die Beschäftigten von der
27 Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung, vom „Lohnempfänger“ zum „Entrepreneur“ führt.

28 Klar ist, dass die Möglichkeiten einer digitalen Arbeitswelt auch neue Chancen für die Gesellschaft
29 mit sich bringen. Hierarchien können flacher werden, Erwerbsformen flexibler und mobiler und
30 Arbeit kann sich teilweise von der Präsenz entkoppeln. Das Beispiel Skandinavien zeigt, wie eine

31 dynamische Mischung von Job-Training und Individualisierung der Arbeit umgesetzt werden kann,
32 die Sicherheit mit Mobilität kombiniert. Es ergeben sich vielfältige Arbeitsmodelle jenseits der Acht-
33 Stunden-Logik – für alle Geschlechter.

34 Gleichzeitig gilt es, die Risiken im Auge zu behalten. Entgrenzung von Arbeit, Überforderung durch
35 ständige Erreichbarkeit und Leistungserwartung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, nicht
36 gewollte Scheinselbstständigkeit und Billiglöhne sind die Schattenseiten einer modernen
37 Arbeitswelt geworden. Wir wollen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten alles dafür tun,
38 dass gute Arbeit zur universellen Grundlage für die digitale Arbeitsgesellschaft wird.

39 Der Rationalisierungsdruck kann sich im Zuge einer beschleunigten digitalen Automatisierung –
40 ermöglicht durch stets perfektere Algorithmen und Fortschritte in den Feldern der Robotik, der
41 Sensorik und der Datenanalytik – weiter erhöhen und nicht nur vom Fließband auf die Büroetage
42 überspringen, sondern auch Jobs im Dienstleistungssektor gefährden. Gleichzeitig geht uns aber
43 mitnichten die Arbeit aus. Den besten Schutz zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit bilden auch
44 künftig wirksame Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, ein Leben lang!

45 **Die „digitale Rendite“ gerecht verteilen**

46 Die Digitalisierung verspricht für die kommenden Jahre und Jahrzehnte technologiegetriebene,
47 riesige Produktivitätsfortschritte in unserer Volkswirtschaft, wenn konsequent die richtigen
48 Rahmenbedingungen dafür realisiert werden. Wir wollen als Sozialdemokratie dafür Sorge tragen,
49 dass die Erträge aus den Produktivitätsvorsprüngen durch die Digitalisierung und damit die
50 verbleibende bezahlte Arbeitszeit gerecht verteilt werden. Die digitale Rendite muss dahin gehen,
51 wo wir bisher zu wenige Ressourcen haben – zum Beispiel in der Bildung und im
52 Gesundheitswesen. Wenn der durch die Digitalisierung der Arbeit erwirtschaftete Reichtum nicht
53 gerecht verteilt wird, bekommen wir massenhaft gering bezahlte Arbeit.

54 Arbeit bleibt für uns der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Bedingungslose
55 Grundeinkommensmodelle können daher keine Antwort auf die digitale Arbeitsgesellschaft sein.
56 Wir werden diskutieren, wie unser Sozialstaat im Zuge der Digitalisierung weiterentwickelt
57 werden muss, um soziale Absicherung mit Teilhabechancen zu verbinden.

58 **Die Landesregierung muss in Beschäftigte, Bildung und Mittelstand investieren**

59 Baden-Württemberg befindet in einer guten Ausgangslage, um an den großen Potenzialen der
60 Digitalisierung zu partizipieren. Keine andere Region vereint dafür so viele wichtige
61 Voraussetzungen: Dazu zählen einerseits die Digital- und Produktionskompetenz in
62 Schlüsselbranchen wie dem Maschinen- und Anlagenbau, der Elektrotechnik, dem Fahrzeugbau
63 und der Informations- und Telekommunikationstechnik (IKT), die in unserem Land knapp eine
64 Million Arbeitsplätze und über 200 Milliarden Euro Umsatz stellen, und andererseits die
65 hervorragend qualifizierten Auszubildenden und Beschäftigten in den Betrieben.

66 Die Grün-Schwarze Landesregierung hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt, um auf Basis dieses
67 Potenzials die Weichen für die Zukunft Baden-Württembergs zu stellen. Wir erwarten eine

68 Qualifizierungsoffensive, die vom Land Baden-Württemberg angestoßen, begleitet und finanziell
69 gefördert wird. Wir halten an der Forderung der SPD-Landtagsfraktion fest, auf Landesebene
70 einen mit 10 Millionen Euro dotierten Weiterbildungsfonds einzurichten, der im Rahmen einer
71 Komplementärfinanzierung zwischen Land und Unternehmen Weiterbildungsformate fördert.
72 Dabei muss es insbesondere auch darum gehen, die Weiterbildung Geringqualifizierter verstärkt
73 in den Blick zu nehmen.

74 Die Grundlage für die moderne Arbeitswelt wird an unseren Schulen geschaffen. Die grün-
75 schwarze Landesregierung verspielt mit ihren zögerlichen Investitionen in digitale Bildung eine
76 der zentralen Zukunftsfragen unseres Landes. Die SPD Baden-Württemberg will die Vermittlung
77 von Medienkompetenz, technischen Grundkenntnissen und Informatik zum elementaren
78 Bildungsbestandteil an unseren Schulen und Berufsschulen machen und so unsere Schülerinnen
79 und Schüler auf die Herausforderungen von heute und morgen vorbereiten und eine
80 Voraussetzung schaffen, qualifizierte Fachkräfte auszubilden, die für die Zukunftsfähigkeit
81 unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft entscheidend sind.

82
83 Wir sind überzeugt von der Idee, für Beschäftigte ein individuelles Chancenkonto zur
84 Weiterbildung und beruflichen Entwicklung einzurichten. Wir streben auf Landesebene an, in
85 einer räumlich noch zu definierenden baden-württembergischen Modellregion das Konzept eines
86 „Chancenkontos“ für Erwerbstätige unter Realbedingungen zu erproben. Ein solches Konto
87 könnte die Motivation, Weiterentwicklungen im Berufsleben aktiv in die Hand zu nehmen,
88 erhöhen.

89 Ungeachtet dessen muss die Grün-Schwarze Landesregierung ihre Angriffe auf das Bildungszeit-
90 gesetz einstellen und stattdessen verstärkt auf die Möglichkeiten der Bildungszeit hinweisen, um
91 dann – wie ursprünglich geplant – nach vier Jahren eine Evaluation vorzunehmen. Wir
92 befürworten zudem im Zusammenhang mit Fragen der Weiterbildung ein Initiativrecht von
93 Betriebsrätinnen und Betriebsräten.

94 Wir müssen uns aus Baden-Württemberg heraus stark machen für die bundesweite Einführung
95 einer Arbeitsversicherung, die neben der solidarischen Unterstützung für die Phasen von
96 Erwerbslosigkeit auch Leistungen für die Qualifizierung und Weiterbildung von Erwerbslosen aber
97 auch im Sinne der Prävention für die aktiv Beschäftigten erbringt.

98 Für die SPD Baden-Württemberg ist es ein zentrales politisches Anliegen, dass das Land Baden-
99 Württemberg kleinere und mittlere Unternehmen bei der Bewältigung der anstehenden
100 Transformationsprozesse durch eine offensivere Industrie- und Strukturpolitik unterstützt.

101 Daher fordern wir die Einrichtung einer Landes-Innovationsagentur, die Unternehmen mit
102 Modernisierungsbedarf und anstehenden Erneuerungsprozessen unterstützt und Hürden zur
103 Innovation abmildert. Kleinere und mittlere Unternehmen, die infolge des technologischen
104 Wandels Gefahr laufen, disruptive Prozesse nicht alleine bewältigen zu können bzw. nicht in der
105 Lage sind, die dafür erforderlichen Investitionen aus eigenen Finanzmitteln zu stemmen, sollen
106 vom Land Baden-Württemberg auf diesem Wege eine niederschwellige und unbürokratische

107 Beratung bzw. weitergehende Unterstützung erhalten, damit sie die Transformation erfolgreich
108 meistern können.

109 Gleichzeitig müssen alle Regionen im Land gleichermaßen an den Errungenschaften und
110 Beteiligungsmöglichkeiten der Digitalen Revolution teilhaben können. Wir wollen einen
111 glasfasergebundenen, flächendeckenden Internet-Breitband-Ausbau von mindestens 100 Mbit/s.

112 **Eine sozial verantwortliche Unternehmenskultur für die Digitalisierung**

113 Wir werden es nicht zulassen, dass der technologische Wandel dazu genutzt wird,
114 Arbeitnehmerrechte abzubauen. Insbesondere Tarifautonomie und Mitbestimmung müssen
115 vielmehr an die geänderten Bedingungen angepasst und gestärkt werden. Mitbestimmung auch
116 in Zeiten der Digitalisierung wirksam zu erhalten ist eine zentrale Zukunftsaufgabe, der sich die
117 Gewerkschaften als Tarifpartei und in den Betrieben vor Ort stellen müssen. Damit sie diese
118 Aufgabe erfolgreich bewältigen können, bedarf es aber auch neuer politischer Rahmensetzungen,
119 die es den Gewerkschaften erlauben, die Beschäftigten effektiv zu vertreten und weiterhin auf
120 Augenhöhe mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Notwendig ist Vertrauen durch Mitbestimmung
121 und Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen insbesondere auch bei der
122 Einführung neuer digitaler Technologien.

123 Wir wollen bei den Unternehmensgründungen im IKT-Sektor wesentlich stärker eine Kultur der
124 zweiten Chance fördern. Hier ändern sich Märkte ausgesprochen schnell, Chancen und Risiken
125 liegen eng beieinander. Die Gesellschaft muss verstehen, dass Unternehmertum gerade zu Beginn
126 aus Ausprobieren, Versuchen, Wagen, Lernen und Testen besteht. Dies kann gelegentliches
127 Scheitern beinhalten.

128 Wir wollen internationalen Fachkräften und insbesondere Gründerinnen und Gründern den Start
129 in Deutschland so einfach und attraktiv wie möglich gestalten und daher gemeinsam mit Ländern
130 und der Wirtschaft deutschlandweit „Welcome Centers“ unterstützen. Diese sollen als one-stop-
131 service Fragen und Behördengänge unter einem Dach klären.

132 Gründungen und insbesondere Startups sind besonders liquiditäts- und insolvenzgefährdet. Für
133 diese Entrepreneurs bestehen keine insolvenzrechtlichen Erleichterungen und
134 Ausnahmegesetze. Wir wollen ein Insolvenzrecht, das die schnelle Wiedererlangung der
135 Handlungsfähigkeit von redlichen Gründern zum Ziel hat.

136 **Herausforderungen des digitalen Wandels gemeinsam meistern**

137 Die SPD Baden-Württemberg nimmt die Herausforderungen des digitalen Wandels mutig an und
138 steht fest an der Seite der Betriebe und Beschäftigten im Land. Wir stellen den Menschen in den
139 Mittelpunkt der Arbeitswelt 4.0, die wir als Partei der Arbeit und des Fortschritts in den nächsten
140 Jahren gemeinsam gestalten werden.